

## **Mitteilung**

### **der Landesregierung**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2003 des Rechnungshofs zur Landeshaus-  
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-  
haltsjahr 2001 (Nr. 9)  
– Priorisierung von Straßenbauprojekten; Planungs-  
kosten**

#### Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 17. Dezember 2003 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 13/2700 Teil B Abschnitt VI):

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die nachfolgenden Vorschläge des Rechnungshofs umzusetzen
  - a) für Projekte des Bundesverkehrswegeplans und für Landesstraßen die Instrumente zur Priorisierung und Festlegung einer Rangfolge weiterzuentwickeln und
  - b) Instrumente einzuführen, die es ermöglichen, die Planungs- und Bauüberwachungskosten von Fernstraßenprojekten zu ermitteln, um auf diese Weise auch eine deutliche Senkung der Planungs- und Bauüberwachungskosten zu erreichen;
2. aufzuzeigen, wie die Effizienz und damit auch die Personalproduktivität der Straßenbauverwaltung weiter erhöht werden kann;
3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2004 zu berichten.

## Bericht

Mit Schreiben vom 20. Dezember 2004 Az.: I 0451.1 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Zu 1. a):

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr hat die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Instrumente zur Priorisierung von Projekten des Bundesverkehrswegeplanes und des Generalverkehrsplanes des Landes aufgenommen. Die bekannten volkswirtschaftlichen Verfahren für Priorisierungen wurden auf ihre Eignung für die vorliegende Aufgabe geprüft und als am besten geeignetes Verfahren die Kosten-Wirksamkeitsanalyse ausgewählt. Um das Grundgerüst des Priorisierungsverfahrens an der Realität kalibrieren zu können, müssen zunächst die zahlreichen vorhandenen Daten gesammelt und aufbereitet werden, weil z. B. nur für die Hälfte aller Bundesfernstraßenmaßnahmen im Vordringlichen Bedarf Daten vorliegen. Dieser Prozess läuft bereits für die Bundesfernstraßen. Die Kalibrierung an den über 1.000 Landesstraßenmaßnahmen im Vordringlichen Bedarf wird sich daran anschließen.

Zu 1. b):

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr hat für den Geschäftsbereich Straßenbau im Zuge der Neuen Steuerungsinstrumente (NSI) im Jahr 2003 das SAP Modul PS (Projektsteuerung) eingeführt. Dort werden die Kosten und die Aufwendungen je Fernstraßenbaumaßnahme projektscharf erfasst. Damit sollen künftig die personellen und finanziellen Ressourcen optimal gesteuert werden.

Zu 2.:

Die unter Ziffer 1.a) beschriebene Priorisierung bietet die Möglichkeit, dringliche Maßnahmen konzentriert zu planen, sodass beispielsweise die bisher durch großen Zeitverzug entstandenen Planungsmehrkosten wesentlich vermindert werden können. Weiterhin werden die Auswertungen aus SAP/PS ihren Beitrag liefern, insbesondere die Bereiche zu erkennen, die große Kosten verursachen. Zudem soll künftig das Personal projektbezogen und damit zielgerichtet eingesetzt werden. Dies wird jedoch nicht vor Abschluss der Verwaltungsreform sinnvoll möglich sein.